

Für linke Politik in lebenswerten Kommunen – Jetzt erst recht!

Beschluss des Kreisparteitages DIE LINKE. Görlitz - September 2022

Die LINKE muss sich verändern, wenn sie weiter eine ernst zu nehmende Rolle im politischen System der BRD spielen will. Sie muss sich schnell verändern, wenn sie ihre aktuelle Krise überleben will. Die LINKE Sachsen hat sich bereits seit längerem auf den Weg gemacht, denn die Zustimmung bei Wahlen sinkt seit Jahren und neue Mitglieder können die Abgänge längst nicht mehr abfedern. Deshalb wurden auf der 2. Tagung des 16. Landesparteitages im Mai 2022 zunächst Strukturen den neuen Realitäten angepasst und Veränderungen der Finanzbeziehungen ab 2023 beschlossen. Genoss*innen unseres Kreisverbandes haben die Strukturdebatte aktiv unterstützt und mit eigenen Anträgen maßgeblich den Landesparteitag vorbereitet. Aber das ist nur der halbe Weg.

Jetzt gilt es, auf die veränderte geopolitische Weltlage und ihre Auswirkungen in Deutschland neue linke Antworten zu geben. Wichtig ist, dass wir moderne Antworten finden, ohne dass der Wissens- und Erfahrungsschatz vergangenen Kämpfe der sozialen und Menschenrechtsbewegungen leichtfertig entsorgt und als das Neue am neuen Weg nur das akzeptiert wird, was am konsequentesten einen Bruch mit bisherigen linken programmatischen Positionen und Traditionen darstellt.

Linke Kommunalpolitik ist die Basis, auf der wir unsere Erfolge erzielen. Hier, in Dörfern und Städten, erfahren die Menschen unmittelbar die Auswirkungen der großen Politik. Den 100 Milliarden Sondervermögen für die Aufrüstung der Bundeswehr stehen zum Beispiel kommunale Bedarfe in Höhe von 34 Milliarden für Investitionen in öffentliche Infrastruktur oder 1,3 Milliarden für Feuerwehr und THW gegenüber. Das eine wäre wichtig, um etwa Gebäude klimawandeltauglich zu sanieren, ohne dass Bewohner*innen danach ihre Miete nicht mehr zahlen können. Das andere wäre angesichts von zunehmenden Bränden oder Hochwässern mehr als nur Ausdruck von Respekt gegenüber den überwiegend Ehrenamtlichen, die für unsere Sicherheit ihre Gesundheit aufs Spiel setzen und ihre Freizeit opfern. Lediglich 6 Milliarden würden benötigt, um überall kostenlose Kita- und Schulverpflegung anzubieten oder 12,5 Milliarden für die solidarische Mindestrente von 1.200 Euro netto für ein Alter in Würde.

Dagegen werden kommunale Räte häufig zu Vollstreckern einer unsozialen Politik degradiert und ihr Engagement gerät zum Kampf David gegen Goliath. Langfristig wird so das Vertrauen in eine funktionierende Demokratie beschädigt. In Osten, im Landkreis Görlitz besonders, ist dieser Vertrauensverlust ablesbar u.a. anhand überdurchschnittlicher rechter und rechtspopulistischer Wahlerfolge. Dass sich dieser Vertrauensverlust in diesem Teil der Bundesrepublik so deutlich abbildet, liegt nicht zuletzt an traumatischen Erfahrungen nach der „politischen Wende“ und vielfach erlebter Ungleichheit bis in die Gegenwart.

Trotz allem: Die LINKE ist die Partei, welche die Vision einer besseren Welt für alle mit der Lösungskompetenz im Alltag verbindet und dabei stets Zusammenhänge zu Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene herstellt. Ob Strukturwandel oder Integrationskonzept, ob Schülerinnenbeförderung oder der Erhalt der Kulturlandschaft, ob die Rettung der Schwimmhalle oder der Kampf an der Seite der

Beschäftigten in sozialen Einrichtungen für eine angemessene Bezahlung: Immer dort haben wir gezeigt, dass es Alternativen zum neoliberalen Zeitgeist gibt und Umverteilung für uns keine Frage von Sozialneid, sondern von sozialer Gerechtigkeit ist.

Aber wir müssen wieder klarer sein, in dem was wir tun: sozial, feministisch, ökologisch, antirassistisch und antimilitaristisch. Und wir müssen geschlossener auftreten. Unsere politischen Antworten müssen immer zuerst die Schwachen, Benachteiligten und Ausgegrenzten adressieren. Dies schließt nicht aus, dass es auch Besitzenden hilft, aber es inkludiert diejenigen, die häufig keine Stimme haben in Kreistag, Stadt- und Gemeinderat oder in Aufsichtsräten.

2024 werden wir neben den Europa- und Landtagswahlen auch wieder Kommunalwahlen bestreiten. Finden uns die Menschen in der Gemeinde oder ihrer Stadt im Frühjahr nicht auf dem Stimmzettel, machen wir ihnen kein linkes Angebot für den Kreistag, dann werden sie uns im Herbst kaum gestärkt in das Europäische Parlament oder in den Landtag wählen.

Auf Grundlage dieser Erkenntnis beauftragt der Kreisparteitag den Kreisvorstand ab sofort mit der Vorbereitung der Kommunalwahlen 2024 und beschließt dazu folgende Zielstellungen und Mindestarbeitsaufgaben:

Ziel aller Aktivitäten des Kreisverbandes

1. ist ein **flächendeckender Wahlantritt 2024**,
 - a) der eine Präsenz der Partei Die LINKE in der Fläche unabhängig von konkreten Kandidierendenzahlen sichtbar macht und damit unsere örtliche Verankerung unterstreicht,
 - b) der konkrete linke Angebote in der Kommune unterbreitet
 - durch eigene Kandidierende mit Parteibuch und linke Persönlichkeiten ohne Mitgliedschaft in der LINKEN
 - durch Bündnisse, in denen wir als LINKE programmatisch klar zu erkennen sind und
 - durch Persönlichkeiten, die ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit glaubwürdig darstellen.
2. ist es, als feministische Partei aller Generationen insbesondere Frauen, diverse Menschen und Menschen aus der queeren Community zu ermutigen, für eine offene Gesellschaft, für ein linkes Projekt anzutreten.

Voraussetzung für die Zielerreichung ist, dass zusätzlich zu den Kontaktdaten unserer aktiven kommunalen Mandatsträger*innen und ihrer Nachrücker*innen im Landkreis insbesondere deren politische Partner*innen und Unterstützer*innen erfasst werden, um aus diesem Pool eventuelle neue Kandidierende zu gewinnen und/oder Kandidierenden inhaltliche Anschluss- bzw. Kooperationsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Wir bemühen uns gleichzeitig, unsere positiven Erfahrungen vor Ort nach außen zu tragen, denn das Engagement als Kommunalpolitiker*in macht auch Spaß, weil es sinnstiftend ist, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Wir werben für das Mitmachen und Mitgestalten. Wir beantworten die Frage, wem gehört die Stadt, das Dorf, der Landkreis ganz klar mit – den Menschen, die hier leben.

Der Kreisparteitag beauftragt den Kreisvorstand mit folgenden **Aufgaben**:

1. Der Kreisvorstand erarbeitet in Zusammenarbeit mit ausgewählten Vertretern der Ortsverbände und Basisorganisationen sowie kommunalen Abgeordneten
 - a) ein **Kommunalpolitisches Eckpunktepapier** für die Kommunalwahlen 2024, das Ortsverbände, Basisorganisationen und kommunale linke Räte vor Ort bei der Erarbeitung ihrer Wahlprogramme und Wahlmaterialien unterstützt.
 - b) eine **Wahlkampfstrategie für die kommunalen Wahlen im Jahr 2024**, die die Wahlen von Kreistag bis Ortschaftsrat effektiv verknüpft und mittels kreisweiter Aktionsformen die Gesamtverantwortung des Kreisverbandes hervorhebt.
 - c) eine **Strategie zur Bündnisarbeit** in Vorbereitung der Kommunalwahlen, die die potenziellen Partnerinnen und Partner und die Ziele der Zusammenarbeit beschreibt, aber auch programmatische Haltelinien definiert und einen Handlungsrahmen für mögliche gemeinsame Wahllisten absteckt.
 - d) ein **Finanzkonzept** für die Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen 2024.

Die Papiere unter 1. sind auf der Grundlage von **aktiven Teilhabeangeboten** zu erarbeiten wie öffentlichen thematischen Veranstaltungen, Workshops und Auswertungen aus den Vertretungen in den kommunalen Gebietskörperschaften. Die Strategiepapiere sind jeweils von Kreisparteitagen zu beschließen.

2. Der Kreisvorstand erfasst den Schulungsbedarf potenzieller Kandidierender und unterbreitet verstärkt **Weiterbildungsangebote** z.B. durch das KFS.

Der Kreisvorstand kann zur Erfüllung der Aufgaben jederzeit zusätzliche Gremien einsetzen oder den Kreisvorstand zeitweilig erweitern. Ortsverbände, Basisgruppen und kommunale Abgeordnete der LINKEN werden aufgefordert, den Kreisvorstand aktiv zu unterstützen.